Zur Diskussion

Sibylle Marti

Militär und Kalter Krieg: Plädoyer für eine integrierende und integrierte Militärgeschichte

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2025-0007>

Abstract: Against the background of the »Zeitenwende« (»turning point«), the essay discusses the question of the necessity for employing a »military turn« in historical research on the Cold War. Based on reflections on the military in the Cold War, it argues in favour of an integrating and integrated military history that is open to new perspectives in historiography and contributes its perspectives to the field of general history.

Schlagworte: »military turn«, Zeitenwende, Ressourcenmobilisierung, Dual Use, Hybridität

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wurde in vielen europäischen Ländern als »Zeitenwende« interpretiert. Mit seiner »Zeitenwende-Rede« vom 27. Februar 2022 war der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz maßgeblich an der Prägung und Verbreitung dieses Begriffs beteiligt. Putin zerstöre – so Scholz in dieser viel zitierten Rede – die seit der Schlussakte von Helsinki gültige »europäische Sicherheitsordnung«. Die entscheidende Frage sei nun – so Scholz weiter –, ob es gelinge, »Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen«. Als Antwort darauf kündigte Scholz ein einmaliges Sondervermögen für Investitionen und Rüstungsprojekte der Bundeswehr in der Höhe von 100 Mrd. Euro an und erklärte, Deutschland plane künftig jährlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für seine Verteidigung auszugeben.¹ In der breiten Rezeption von Scholz' Rede standen insbesondere zwei Punkte im Zentrum: erstens die Diagnose einer »Zeitenwende«, die auf eine als fundamental verstandene Änderung der sicherheitspolitischen Ordnung

¹ Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.2.2022 <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>> (letzter Zugriff 12.12.2024).

Kontakt: Sibylle Marti, Historisches Institut der Universität Bern, E-Mail: sibylle.marti@unibe.ch.

Europas verwies, und zweitens die Schlussfolgerung, dieser Veränderung sei primär mit Aufrüstung zu begegnen. Dass viele europäische Politikerinnen und Politiker sowohl die Interpretation der »Zeitenwende« als auch die Forderung nach Aufrüstungsbestrebungen teilten, scheint dem Eindruck geschuldet, die Bedeutung des Militärs sei nach dem Ende des Kalten Krieges vernachlässigt worden.

Die historische Forschung zum Kalten Krieg wandte sich seit der Jahrtausendwende vermehrt sozial-, kultur-, wissens- und globalgeschichtlichen Ansätzen zu. Haben also auch Historikerinnen und Historiker die militärische Dimension des Kalten Krieges vernachlässigt? Vor diesem Hintergrund widmet sich dieses Debattenforum dem Stand und dem Stellenwert der Militärgeschichte in der historischen Forschung zum Kalten Krieg. Scheint angesichts der »Zeitenwende« ein neuer Fokus auf das Militär(ische) im Kalten Krieg notwendig? Und falls ja, was würde ein solcher *military turn* für die Geschichtsschreibung des Kalten Krieges bedeuten? Das sind Fragen, die dieses Debattenforum aufwirft. Ich möchte in diesem Essay versuchen, darauf eine Antwort zu geben, indem ich einige Überlegungen zum Militär(ischen) im Kalten Krieg formuliere. Meine Ausführungen sind dabei durch gewisse Einschränkungen gekennzeichnet. Zum einen werden sie sich primär auf die Schweiz konzentrieren, die aber – so hoffe ich zu zeigen – für (west-)europäische Gesellschaften in vielerlei Hinsicht ein instruktives Beispiel darstellt. Zum anderen werden sie sich wesentlich auf Aspekte des Nuklearen beziehen und damit nicht nur das bedeutendste Bedrohungspotenzial, sondern auch einen zentralen Bestandteil der politischen Kultur des Kalten Krieges fokussieren.²

Im Folgenden werde ich zunächst unter den Stichworten Ressourcenmobilisierung, Dual-Use, Hybridität und Kalte-Krieg-Konsens einige wesentliche Merkmale des Kalten Krieges hinsichtlich ihrer militärischen Dimension analysieren. Dabei werde ich auf Schweizer Beispiele aus dem Bereich des Atomaren fokussieren. Anschließend werde ich erläutern, was sich daraus für die (Militär-)Geschichte des Kalten Krieges ableiten lässt. Damit soll eine Antwort auf die Ausgangsfrage nach der möglichen Notwendigkeit eines *military turn* in der historischen Forschung zum Kalten Krieg gegeben und gleichzeitig skizziert werden, was eine militärgeschichtliche Historisierung des Kalten Krieges zur gegenwärtigen Debatte über die »Zeitenwende« beitragen könnte.

2 Vgl. dazu ausführlich: Sibylle Marti, *Strahlen im Kalten Krieg. Nuklearer Alltag und atomarer Notfall in der Schweiz*, Paderborn [u.a.] 2020 (= *Krieg in der Geschichte*, 114).

Ressourcenmobilisierung

Das vielleicht herausragendste Merkmal des Kalten Krieges war, dass er über mehrere Jahrzehnte eine ungeheure Menge gesellschaftlicher Ressourcen zu mobilisieren vermochte. Dies traf nicht nur auf die beiden Supermächte USA und UdSSR, ihre militärischen Bündnispartner und die in die »heißen« Kriege involvierten Staaten zu, sondern auch auf Länder, die – wie die Schweiz – nicht im Zentrum des Systemkonflikts standen und nicht unmittelbar in militärische Konflikte involviert waren. Wie David Eugster und ich an anderer Stelle ausgeführt haben, vermittelt die Interpretation des Kalten Krieges als einer Epoche des »langen Friedens«³ auch für Europa, wo der Ost-West-Konflikt tatsächlich »kalt« blieb, ein falsches Bild. Denn auch hier führte die Blockkonfrontation zu einer mentalen Mobilmachung, viele Staaten wähten sich in ständiger Alarmbereitschaft und wappneten sich gegen vermeintliche äußere und innere Feinde. Der Kalte Krieg fand dabei hauptsächlich an der Heimatfront statt, wobei die Frontlinien die gesamte Gesellschaft durchzogen. Der Kalte Krieg dominierte hier als etwas Imaginäres: Er wurde permanent ausgemalt, eingeübt und vorbereitet.⁴

Den imaginären Charakter des europäischen Kalten Krieges zu betonen, bedeutet nicht, zu behaupten, der Kalte Krieg habe keine wesentlichen »realen« Effekte auf die europäischen Gesellschaften und ihre Bevölkerungen gehabt oder das Militär(ische) sei für die europäischen Länder nicht von Bedeutung gewesen. Vielmehr weist das Imaginäre des Kalten Krieges darauf hin, dass Aufrüstungsbestrebungen nicht zwingend mit tatsächlichen Bedrohungslagen korrelieren müssen. So führte etwa das nukleare Wettrüsten zwischen den USA und der UdSSR gegen Ende der 1960er Jahre zu einer Pattsituation, die den Kontext für die Entspannungspolitik und Versuche der Rüstungskontrolle bildete, das atomare Aufrüsten jedoch gleichzeitig weiter anheizte.⁵ Die Schweiz ist dafür ebenfalls ein aufschlussreiches Beispiel. Wiewohl das Land offiziell »neutral« und nicht Mitglied der NATO war sowie keine Grenze zu den Staaten des Warschauer Paktes hatte, bereitete sich auch die Schweiz unablässig darauf vor, in den Systemkonflikt des Kalten Krieges hineingezogen zu werden. Als Ordnungsvorstellung und Deutungsmuster erwies

3 John Lewis Gaddis, *The Long Peace: Inquiries into the History of the Cold War*, New York 1987.

4 David Eugster und Sibylle Marti, *Das Imaginäre des Kalten Krieges*. Einleitung. In: *Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa*. Hrsg. von David Eugster und Sibylle Marti, Essen 2015 (= *Krieg und Frieden*, 21), S. 3–16.

5 William Burr and David Alan Rosenberg, *Nuclear Competition in an Era of Stalemate, 1963–1975*. In: *The Cambridge History of the Cold War*, vol. II: *Crises and Détente*. Ed. by Melvyn P. Leffler and Odd Arne Westad, Cambridge 2010, S. 88–111.

sich die Ost-West-Konfrontation auch in der Schweiz als äußerst wirkmächtig und handlungsleitend.

Aus Sicht des Schweizer Militärs dominierte das Bedrohungsszenario eines Atomkrieges, wobei der potenzielle Feind selbstredend aus dem Osten kam. Als Antwort darauf entstand in den 1950er Jahren das Konzept der totalen Landesverteidigung. Dem lag die Überlegung zugrunde, dass es sich bei einem künftigen, nuklear geführten Krieg um einen totalen Krieg handeln würde, weshalb die Verteidigung ebenfalls total sein müsse. Die totale Landesverteidigung war in die beiden Hauptzweige militärische und zivile Landesverteidigung unterteilt, wobei Letztere den Zivilschutz und die wirtschaftliche Landesverteidigung, später auch den Staatsschutz und die Außenpolitik umfasste.⁶ Das ideologische Fundament der totalen Landesverteidigung bildete die geistige Landesverteidigung. Als identitätsstiftende Kernelemente beschwor diese nationale Symbole und Mythen wie die Milizarmee und die Wehrbereitschaft und zementierte einen – ich komme darauf zurück – politisch wirksamen Kalte-Krieg-Konsens.⁷ Vor dem Hintergrund der totalen Landesverteidigung avancierte die Schweiz ab den 1960er Jahren zur weltweiten Nummer eins im Zivilschutzbunkerbau.⁸ Zudem wies die Schweiz während des Kalten Krieges internationale Spitzenwerte bei den Pro-Kopf-Ausgaben für den Zivilschutz auf und bildete hinsichtlich der militärischen Belegungsdichte nach Anzahl Soldaten pro Quadratkilometer das am besten gerüstete Land Europas. Auch der Bestand an Kampfflugzeugen, Kampfpanzern und starker Artillerie war relativ zur Größe des Landes im westeuropäischen Vergleich äußerst hoch.⁹

Der Kalte Krieg wies somit auch in der Schweiz einen starken »war-like character« auf.¹⁰ Dieser führte dazu, dass die Mobilisierung von Ressourcen wie in anderen (west-)europäischen Ländern auch in der Schweiz zunächst wesentlich von militärischen Logiken und Überlegungen angestoßen und vorangetrieben wurde. Diese Ressourcenmobilisierung befeuerte den Auf- und Ausbau eines

6 Bernhard Degen, Die totale Verteidigungsgesellschaft. In: Krieg. Hrsg. von Christoph Maeder, Ueli Mäder und Sarah Schilliger, Zürich 2009, S. 89–105, hier S. 93f.

7 Jakob Tanner, Switzerland and Cold War: A Neutral Country between the »American Way of Life« and »Geistige Landesverteidigung«. In: Switzerland and War. Ed. by Joy Charnley and Malcolm Pender, Bern [u.a.] 1999 (= Occasional Papers in Swiss Studies, 2), S. 113–128.

8 Silvia Berger Ziauddin, Superpower Underground: Switzerland's Rise to Global Bunker Expertise in the Atomic Age. In: Technology and Culture, 58 (2017), 4, S. 921–954.

9 Jakob Tanner, Militär und Gesellschaft in der Schweiz nach 1945. In: Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Ute Frevert, Stuttgart 1997 (= Industrielle Welt, 58), S. 314–341, hier S. 327–329.

10 Holger Nehring, Review-Article: What was the Cold War? In: English Historical Review, 127 (2012), 527, S. 920–949.

schweizerischen Gesamtverteidigungssystems, das sich im Verlauf des Kalten Krieges fortwährend ausweitete.

Die Mobilisierung von Ressourcen in der Schweiz zeitigte jedoch auch vielfältige Effekte jenseits von Militär und totaler Landesverteidigung. Zwei Beispiele können das verdeutlichen. So führte das militärische Interesse an der Atomenergie dazu, dass 1945 zunächst die Schweizerische Studienkommission für Atomenergie und 1958 als deren Nachfolgeorganisation die Kommission für Atomwissenschaft gegründet wurden, die dem Zweck dienten, die Atom- und Strahlenforschung zu fördern. Die Atomenergie stellte nicht nur ein Pioniergebiet von Forschungsförderung in der Schweiz dar, sondern bildete dort nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie in anderen Industrieländern den Hauptgegenstand staatlicher Forschungspolitik. Die schweizerischen Mittel ermöglichten im internationalen Vergleich zwar keine Großforschung, waren für den Forschungsstandort Schweiz aber sehr wohl bedeutend. So verfügte die Studienkommission jährlich über fast gleich hohe finanzielle Mittel wie die ETH Zürich, und die Atomkommission hatte ein Jahresbudget, das größer war als das Gesamtbudget des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der 1952 gegründeten wichtigsten Forschungsförderungsinstitution in der Schweiz.

Zu Beginn des Kalten Krieges sollten Forschungen über Strahlenwirkungen und Strahlenschutzmöglichkeiten dazu beitragen, die Verteidigung der Schweiz im Atomkriegsfall zu verbessern. Strahlenbiologische Forschung bildete damit das Gegenstück zur angestrebten Beschaffung eigener Atomwaffen. Ab Mitte der 1950er Jahre verschob sich der Fokus bei der Förderung der biologischen Strahlenforschung jedoch immer stärker weg von militärischen hin auf zivile Anwendungshorizonte von Atomenergie und Strahlen in der biowissenschaftlichen und klinischen Forschung. Daraus resultierte ein Boom der schweizerischen Biomedizin. Eine ähnliche Entwicklung der biologisch-medizinischen Strahlenforschung war während des Kalten Krieges für viele Industrieländer kennzeichnend.

Ein zweites Beispiel betrifft die Entwicklung von Strahlenmessgeräten in den 1950er Jahren. Um die Schweizer Armee für einen künftigen Atomkrieg auszurüsten, schien es ab dem Ende der 1940er Jahre zunehmend dringlich, Strahlenmessgeräte zu beschaffen, um radioaktive Strahlung nachweisen und Strahlenschutzmaßnahmen ergreifen zu können. Wie bei der Erforschung der biologischen Strahlenwirkungen war es also auch bei der Strahlenüberwachung zunächst das Militär, das sich für die Produktion, Technik und Nutzung von Strahlenmessinstrumenten interessierte. Die angestrebte industrielle Fabrikation vollzog sich wie in anderen Industrieländern im Rahmen der Förderung und Nutzung der Atomtechnologie, die mit dem beginnenden Kalten Krieg rasant Fahrt aufnahm. Der Herstellung von und dem Handel mit Strahlenmessgeräten, die in der Schweiz zeitweise als Kriegsmaterial galten, kam dabei eine doppelte strategische Bedeutung zu: Ziel war zum einen,

die Schweizer Armee mit fachlichem Knowhow und Geräten zu versorgen. Zum anderen sollten die mit militärischen Ressourcen unterstützte Forschung und Entwicklung den Wirtschafts- und Rüstungsstandort Schweiz stärken. Der Zuger Firma Landis & Gyr gelang es als Folge dieser engen Kooperation, eine international konkurrenzfähige Produktpalette im Bereich der Strahlenmesstechnik aufzubauen.

Die Beispiele der Förderung der biologischen Strahlenforschung und der Entwicklung von Strahlenmessgeräten zeigen, dass aus militärischen Gründen mobilisierte Ressourcen nicht immer nur für das Militär(ische) wirksam waren und militärische Interessen nie für sich alleinstanden. Vielmehr band die Mobilisierung von Ressourcen in der Schweiz des Kalten Krieges auch Akteure aus der Wissenschaft, der Medizin und der Industrie ein, die diese Ressourcen für ihre eigenen Zwecke zu nutzen versuchten und im Gegenzug selbst zu Ressourcen für militärische Anforderungen wurden. Enge personelle und institutionelle Verflechtungen zwischen Militär, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft kennzeichneten und begünstigten diese gegenseitige Ressourcenmobilisierung.

Dual Use und Hybridität

Zwei weitere zentrale Merkmale des Kalten Krieges bildeten der Dual Use und die Hybridität von Technologien, Maßnahmen und Organisationen. Die Mobilisierung von Ressourcen in den Bereichen von Wissenschaft und Technik wurde nicht zuletzt dadurch befeuert, dass deren Einsatz häufig auf die Herstellung von Dual-Use-Produkten abzielte oder diese zumindest ermöglichte. Dies lässt sich wiederum am besten anhand von Atomenergie und radioaktiver Strahlung verdeutlichen, trifft aber auch auf zahlreiche andere Güter und Technologien zu. Atomenergie und radioaktive Strahlung stellen Dual-Use-Technologien par excellence dar, da sich deren Verwendung für militärische Vorhaben nicht trennscharf von der Nutzung für zivile Zwecke unterscheiden lässt. So avancierten Atom- und Wasserstoffbomben zum bedeutendsten Bedrohungspotenzial des Kalten Krieges. Gleichzeitig versprachen Kernkraftwerke schier unendliche Mengen an Energie und Radioisotope und hochenergetische Strahlung befeuerten den Aufstieg neuer Therapie-, Diagnose- und Forschungsverfahren in der Biomedizin. In der Schweiz wie anderswo machten diese vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der Atom- und Strahlentechnologie den erforderlichen Ressourceneinsatz für Forschung, Entwicklung und Herstellung von nuklearen Gütern nicht nur für das Militär, die Kernphysik und die Rüstungsindustrie, sondern auch für unzählige Akteure aus der Wissenschaft, der Medizin und der Wirtschaft attraktiv. Das Nukleare steht exemplarisch dafür, wie Dual Use zu einem Signum der Epoche des Kalten Krieges avancierte.

Mit der Entwicklung und dem Einsatz von Dual-Use-Technologien verbunden war der hybride Charakter von Maßnahmen und Organisationen, die in der Schweiz des Kalten Krieges als Teil des Gesamtverteidigungssystems fungierten. Dies zeigte sich in der ab 1964 aufgebauten Alarmorganisation für den Fall erhöhter Radioaktivität, in der sich zivile und militärische Handlungslogiken und Ressourcen zusehends verschränkten. So sollten Alarmsysteme ab den 1970er Jahren nicht mehr nur für einen künftigen Atomkrieg, sondern auch für mögliche Katastrophen im nuklearen Alltag und hier insbesondere bei Unfällen in Kernkraftwerken Alarm- und Schutzmöglichkeiten bieten. Diese Vermischung von zivilen und militärischen Erfordernissen lässt sich auch beim Auf- und Ausbau des schweizerischen Blutspendedienstes seit den 1950er Jahren feststellen. Dieser richtete sich gleichzeitig auf die Bewältigung militärischer und ziviler Notfälle, wobei die zivile Nutzung von Blut in der Nachkriegsmedizin immer mehr an Bedeutung gewann. Eine klare Trennlinie zwischen Friedens- und Kriegsorganisation ließ sich nicht ziehen, weil der Blutspendedienst im Frieden und im (Atom-)Krieg mit denselben institutionellen, finanziellen und personellen Ressourcen betrieben werden sollte. Diese Hybridität von zivilen und militärischen Strukturen und Ressourcen zeigte sich auch beim Koordinierten Sanitätsdienst, der ab Mitte der 1960er Jahre geplant wurde und nicht nur als Rettungsdienst für den (Atom-)Kriegsfall, sondern auch für zivile (nukleare) Großereignisse dienen sollte.

Atomenergie und radioaktive Strahlung bildeten nicht nur im militärischen, sondern auch im zivilen Bereich die Leitbedrohung des schweizerischen Kalten Krieges. Bei der Alarmorganisation, dem Blutspendedienst und dem Koordinierten Sanitätsdienst handelte es sich um hybride Organisationen, deren Konzeption und Funktionsweise flexible Übergänge von Vorkommnissen und Unfällen des nuklearen Alltags auf große atomare Katastrophen- und Kriegsereignisse vorsah. In der Hybridität dieser Gesamtverteidigungsorganisationen, in der die Grenzen zwischen Zivilem und Militärischem, Friedens- und Kriegszustand verwischten, widerspiegelte sich die »totale Politik« des schweizerischen Kalten Krieges.¹¹ In dieser Epoche waren solche Grenzverwischungen für viele (west-)europäische Länder kennzeichnend.

Das Funktionieren der im Rahmen der schweizerischen Gesamtverteidigung konzipierten Schutzmaßnahmen, Alarmorganisationen und Rettungsdienste bedingte das koordinierte Zusammenwirken einer Vielzahl von zivilen und militärischen, staatlichen und privaten Akteuren und Institutionen. Notwendig erschien

¹¹ Bernd Greiner, Zwischen »Totalem Krieg« und »Kleinen Kriegen«. Überlegungen zum historischen Ort des Kalten Krieges. In: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 12 (2003), 2, S. 3–20.

nicht nur die Einbeziehung staatlicher Stellen aller föderalen Ebenen, sondern auch die Einbindung von freiwilligem Milizpersonal (insbesondere der nicht wehrdienstpflichtigen Frauen), öffentlichen Diensten und privaten Unternehmen. Bei der Alarmorganisation betraf diese Einbindung unter anderem die Schweizerischen Bundesbahnen, die schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe und die Schweizerische Rundspruchgesellschaft, bei der Blutspendeorganisation vor allem das Schweizerische Rote Kreuz und im Rahmen des Koordinierten Sanitätsdienstes beispielsweise den Schweizerischen Samariterbund, die Verbindung der Schweizer Ärzte und die Vereinigung Schweizerischer Krankenhäuser. Die Umsetzung der »totalen Politik« der Schweiz des Kalten verlangte also nach einer umfangreichen gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung.

Kalte-Krieg-Konsens

Der »war-like character« und die »totale Politik« des schweizerischen Kalten Krieges, die sich in einer umfassenden Ressourcenmobilisierung, der Förderung und Entwicklung von Dual-Use-Technologien und dem Auf- und Ausbau von hybriden Gesamtverteidigungsorganisationen niederschlugen, wurde – auch dies ein wichtiges Merkmal des Kalten Krieges – entscheidend durch das Vorhandensein eines Kalte-Krieg-Konsenses ermöglicht. Dieser war keine schweizerische Besonderheit, zeitigte aber nationale Eigenheiten. In der Schweiz wies der politische Kalte-Krieg-Konsens vier miteinander verknüpfte Pfeiler auf: erstens die Landesverteidigung, deren bedingungslose Unterstützung als *conditio sine qua non* galt; zweitens die Neutralität, die sich in strategischer Weise außen- und innenpolitisch einsetzen ließ; drittens ein – auch im westeuropäischen Vergleich – starker Antikommunismus; viertens schließlich die Atomenergie, die zunächst im militärischen und dann auch im zivilen Bereich mit allen verfügbaren Mitteln gefördert wurde. »Nuklearität« war somit ein wesentlicher Bestandteil des schweizerischen Kalte-Krieg-Konsenses, aber auch für zahlreiche andere Länder prägend.¹²

Bereits in den 1950er Jahren setzte in der Schweiz Kritik an diesem Kalte-Krieg-Konsens ein. Wie in anderen (west-)europäischen Ländern waren hier zunächst wesentlich die Friedens- und Anti-Atom- und später auch die Anti-Atomkraft- und andere soziale Bewegungen treibende Kräfte. Dennoch erwies sich der schweizerische Kalte-Krieg-Konsens über rund dreißig Jahre nicht nur als politisch handlungsleitend, sondern auch als relativ stabil.

12 Gabrielle Hecht, *Nuclear Ontologies*. In: *Constellations*, 13 (2006), 3, S. 320–331.

Wie in vielen westlichen Ländern hatte der Kalte-Krieg-Konsens auch in der Schweiz eine tendenzielle Stabilisierung des politischen Systems zur Folge. Das vielleicht augenfälligste Beispiel aus der Schweiz ist die Etablierung der sogenannten Zauberformel für die Zusammensetzung des Bundesrates, mit der die schweizerische Regierung über Jahrzehnte die gleiche Parteienzusammensetzung kannte, die sämtliche relevanten politischen Kräfte einband. Der schweizerische Kalte-Krieg-Konsens produzierte aber auch gesellschaftlichen Ausschluss. Die permanente Suche nach möglichen Feinden im Innern führte dazu, dass Personen, die sich nicht (vollständig) zum Kalte-Krieg-Konsens bekannten, aus der (vorgestellten) nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen und mit mitunter rechtsstaatlich bedenklichen Mitteln sanktioniert wurden. Dies kulminierte in der jahrzehntelangen Bspitzelung von mehreren hunderttausend in der Schweiz wohnhaften Personen, ein Staatsschutzskandal, der 1989 als sogenannte Fichen-Affäre publik wurde. Die politische Stabilität ging somit auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Ab Mitte der 1960er Jahre fing der schweizerische Kalte-Krieg-Konsens an zu bröckeln, geriet in den als Umbruchs- oder Transformationsjahrzehnt bezeichneten 1970er Jahren ins Wanken und zerbrach im Verlaufe der 1980er Jahre. Als Endpunkt dieser Entwicklung steht die Abstimmung über eine eidgenössische Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee, der 1989 überraschend mehr als ein Drittel der stimmberechtigten Bevölkerung zustimmte. Das Erodieren des Kalte-Krieg-Konsenses veränderte die politische Landschaft der Schweiz seit den 1980er Jahren grundlegend: Der miteinander verbundene Aufstieg von Neoliberalismus und Rechtspopulismus nahm nicht zufällig genau in jener Zeit Fahrt auf. Das (sich abzeichnende) Wegbrechen des kommunistischen Feindes machte den politischen Raum frei für neue Feindbilder, die angeblich die schweizerische Freiheit bedrohten. Zu diesen zählten aus Sicht von Rechtspopulisten insbesondere internationale Organisationen und supranationale Gebilde, die UNO und allen voran die EU. Gleichzeitig versuchten neoliberale Kräfte in der Schweiz immer unverfrorener, ihre ökonomischen Rezepte politisch durchzusetzen. Beide Phänomene lassen sich nach dem Ende des Kalten Krieges in verschiedenen europäischen Ländern beobachten, die Schweiz gehörte diesbezüglich aber zu den Vorreitern.¹³

¹³ Damir Skenderovic, Rechtspopulismus in Westeuropa nach 1945: Die Schweiz als Vorläufer und Vorbild. In: *Revue transatlantique d'études suisses*, 4 (2014), S. 43–59; Ludovic Iberg, Fighting for a Neoliberal Europe: Swiss Business Associations and the UNICE, 1970–1978. In: *Business History*, 65 (2021), 2, S. 366–381.

»Military turn«, Kalter Krieg und »Zeitenwende«

Lassen sich nun, ausgehend von den schweizerischen Beispielen zum Atomaren im Kalten Krieg, Schlüsse ziehen bezüglich der Frage, ob es Zeit sei für einen *military turn* in der historischen Forschung zum Kalten Krieg? Deutlich wird zum einen, dass Fragen der militärischen Ausbildung und Ausrüstung, der Beschaffung und der Produktion von Rüstungsgütern, der Kriegsvorbereitung und der Verteidigungsplanung sowie des Auf- und Ausbaus von Verteidigungsorganisationen stets über rein militärische Fragen hinausgingen und das Militär(ische) in vielfältigen und engen Verbindungen und Wechselwirkungen mit anderen Gesellschaftsbereichen, namentlich der Wissenschaft, der Technik und der Wirtschaft stand. Vor diesem Hintergrund scheint es schwer vorstellbar, was genuin neue, rein militärgeschichtliche Fragestellungen sein könnten, die für die Geschichte des Kalten Krieges aufschlussreich wären. Wenn die Debatte um die Notwendigkeit und den Sinn eines *military turn* in der Geschichtsforschung zum Kalten Krieg also eine auf sich selbst bezogene und sich selbst genügende Militärgeschichte meint, dann wird eine solche Sichtweise zu unserem Verständnis der Wirkmächtigkeit und des Nachwirkens des Kalten Krieges wenig beitragen können, weil sie der Komplexität und gesamtgesellschaftlichen Verflochtenheit der militärischen Dimension im Kalten Krieg nicht gerecht wird.

Zum anderen zeigen der kriegsähnliche Charakter und die Totalität des Kalten Krieges, dass die allgemeine Geschichte viele relevante Fragen zum Kalten Krieg nur unzureichend beantworten kann, wenn sie das Militär(ische) nicht konsequent mitdenkt. Wenn die aufgeworfene Frage nach einem *military turn* also meint, dass militärgeschichtliche Aspekte und Dimensionen vermehrt Eingang finden sollten in Darstellungen und Projekte zur allgemeinen Geschichte des Kalten Krieges, dann muss diese Frage mit einem klaren Ja beantwortet werden. Die bereits im Jahr 2000 von Thomas Kühne und Benjamin Ziemann in dem von ihnen in der Reihe »Krieg in der Geschichte« herausgegeben Band über »Was ist Militärgeschichte?« geäußerte Aufforderung, die Militärgeschichte zu erweitern, um sie »noch enger als bisher an die Fragestellungen, Theorien und Debatten in anderen Zweigen der Geschichtswissenschaft heranzuführen« mit dem Ziel, »sich nachhaltig um ein Verständnis der Komplexität des Gegenstandes ›Militär‹ zu bemühen«, hat gerade angesichts der gegenwärtigen Weltlage nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.¹⁴

¹⁴ Thomas Kühne und Benjamin Ziemann, Militärgeschichte in der Erweiterung. Konjunkturen, Interpretationen, Konzepte. In: Was ist Militärgeschichte? Hrsg. von Thomas Kühne und Benjamin Ziemann, Paderborn [u. a.] 2000 (= Krieg in der Geschichte, 6), S. 9–46, hier S. 10 und S. 46.

Ich plädiere deshalb für eine *integrierende und integrierte Militärgeschichte*: eine integrierende Militärgeschichte, die sich offen dafür zeigt, ihren Gegenstandsbereich durch aktuelle Fragen und Perspektiven der Geschichtswissenschaft kontinuierlich zu reflektieren, zu erweitern und zu erneuern, und eine integrierte Militärgeschichte, die sich in einem stetigen Dialog mit der Geschichtswissenschaft als Ganzes befindet und bemüht ist, die militärische Dimension in den dortigen Debatten einzubringen und nötigenfalls auch einzufordern. Im Hinblick auf eine integrierte Militärgeschichte würde es insbesondere darum gehen, militärhistorische Forschungsperspektiven und -ergebnisse in Projekte und Foren der allgemeinen Geschichte hineinzutragen. Für eine integrierende Militärgeschichte könnte – wie neuere Beispiele zeigen – gegenwärtiges Innovationspotenzial etwa in einer Verbindung mit Ansätzen und Themen der Arbeitsgeschichte, der Wirtschafts- und Kapitalismusgeschichte sowie der Umwelt- und Anthropozängeschichte liegen.¹⁵

Mit Blick auf die Epoche des Kalten Krieges könnte eine solch integrierende und integrierte Militärgeschichte im Sinne einer Vorgeschichte der Gegenwart mithelfen, die aktuelle Debatte über die »Zeitenwende« historisch einzuordnen. Vergegenwärtigt man sich die Merkmale – Ressourcenmobilisierung, Dual Use, Hybridität und Kalte-Krieg-Konsens –, anhand derer ich das Militär(ische) im Kalten Krieg beispielhaft analysiert habe, lassen sich, selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder abschließenden Charakter, einige bedenkenswerte Punkte konstatieren. So nahm die Mobilisierung von militärischen und anderen Ressourcen im Kalten Krieg ein enormes Ausmaß an. Es ist fraglich, ob eine Ressourcenmobilisierung in diesem Umfang in den gegenwärtigen europäischen Gesellschaften noch realisierbar oder durchsetzbar (oder überhaupt wünschbar) wäre.

Die Rufe nach mehr Mitteln und großen Investitionen in Rüstung und Verteidigung betreffen zudem nie das Militär(ische) allein, sondern gehen – so Bundeskanzler Scholz in seiner »Zeitenwende-Rede« – einher mit Forderungen nach »Resilienz«. Scholz betonte explizit auch die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit im Bereich des Zivilen, namentlich hinsichtlich von Infrastruktur und Technik sowie der mentalen Stärke der Gesellschaft, so etwa »gegen Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, gegen Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur und Kommunikationswege«. ¹⁶ Europäische Gesellschaften sollen sich also nicht nur gegen außen als militärisch wehrbereit zeigen, sondern sich auch gegen vielfältige Bedrohungen im

¹⁵ Siehe bspw.: Military Labour History Working Group des European Labour History Networks <<https://socialhistoryportal.org/elhn/wg-military>> (letzter Zugriff 12.12.2024); Daniel Marc Segesser, »Embattled Nature«: Wenn zwei Forschungsfelder aufeinandertreffen. In: Portal Militärgeschichte, 14.6.2023, URL: <https://portal-militaergeschichte.de/segesser_nature>, <<https://doi.org/10.15500/akm.16.09.2023>> (letzter Zugriff 12.12.2024).

¹⁶ Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.2.2022 (wie Anm. 1).

Zivilen und im Innern wappnen. Diese Appelle für eine umfassende gesellschaftliche Resilienz lassen den Totalitätsanspruch der hybriden Gesamtverteidigungsorganisationen im Kalten Krieg anklingen.

Heute fehlt allerdings in vielen europäischen Gesellschaften ein von allen maßgeblichen politischen Kräften geteilter Grundkonsens, um die dafür notwendige Ressourcenmobilisierung (sei sie nun wünschenswert oder nicht) zu bewerkstelligen. Demgegenüber findet eine massive gesellschaftliche Polarisierung statt. Mit dem Ende des Kalten Krieges fiel nämlich nicht nur ein von vielen politischen Kräften geteiltes Bedrohungsbild weg, sondern auch ein gemeinsames Verständnis von Gesellschaft, was den Siegeszug des Neoliberalismus und das Erstarken des europäischen Rechtspopulismus erst ermöglichte. Parallel dazu verleitete der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts damals viele zum vorschnellen Schluss, die liberale Demokratie sei in Europa wie anderswo endgültig als Siegerin aus der Systemkonkurrenz hervorgegangen. Insgesamt beschleunigte das Ende des Kalten Krieges den miteinander verbundenen Aufstieg neoliberaler und antidemokratischer Kräfte.

Gleichzeitig verstellt ein Verharren in der Vorstellungswelt des Kalten Krieges den Blick darauf, wie stark sich die gesellschaftlichen Macht- und Konfliktkonstellationen auch in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges verändert haben. Die Rede von einem »neuen Kalten Krieg« nach der gewaltsamen russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 steht emblematisch dafür.¹⁷ So war es mitunter ein Denken in den (veralteten) Kategorien und Rationalitäten des Kalten Krieges, das mit dazu beigetragen hat, Russlands tatsächliche Pläne und Ambitionen zu verkennen, weshalb nur wenige Beobachterinnen und Beobachter den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine antizipierten, und diejenigen, die davor warnten, häufig überhört wurden. Aus der heutigen Sicht der »Zeitenwende« scheint indessen wesentlich, sich das definitive (und schon länger zurückliegende) Ende der Epoche des Kalten Krieges klarzumachen und dabei gleichzeitig das Erbe des Kalten Krieges nicht zu unterschätzen. Viele gegenwärtige Bedrohungen (etwa großangelegte Cyberangriffe) gehen auf im Kalten Krieg entwickelte Dual-Use-Technologien zurück. Die technologischen Hinterlassenschaften des Kalten Krieges wirken aber vor allem im Bereich des Nuklearen bedrohlich nach. So erhält die im Krieg gegen die Ukraine eskalierte russische Drohung gegenüber Europa und seinen Verbündeten nicht zuletzt deshalb viel Gewicht, weil Russland eine Atommacht und ein immer noch hochgerüstetes Land ist. Russlands gegenwärtige Stärke beruht auf dem

17 Zum »neuen Kalten Krieg« mit einer Auswahl an Referenzen: Kirsten Bönker, Den Kalten Krieg neu denken? Neue Studien zum Kalten Krieg. In: Neue Politische Literatur, 67 (2022), 2, S. 168–204, hier S. 169f.

Militär(ischen) – und ist insofern untrennbar mit der Geschichte des Wettrüstens im Kalten Krieg verbunden. Einer konsequenten Historisierung des Kalten Krieges muss deshalb eine genaue Analyse seines Nachwirkens gegenübergestellt werden. Eine integrierende und integrierte Militärgeschichte kann hierzu viel beitragen.